

»Kein Träger
muss schließen
oder Personal
entlassen«

Pia Barkow zum Haushalt



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Januar/Februar 2023



**Armut und
Ungleichheit
bekämpfen**

DIE LINKE in Dresden startet kämpferisch ins neue Jahr » Seite 3

Politik in Zahlen

Entgegen vieler Befürchtungen ist die politische Prioritäten-
setzung mit dem Haushaltsbeschluss ganz gut gelungen

Ein öffentlicher Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik – so das geflügelte Wort, das immer mal wieder bemüht wird.

Was sagt das etwa über das 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundesregierung für die Bundeswehr? Welche Politik wird da in Zahlen gegossen? Es ist eine Politik, die sich auf der einen Seite für alle zukunftssträchtigen Investitionen eine Schuldenbremse verordnet, sich für Investitionen in Waffen und Heer aber offenen Auges in den schuldenpolitischen Selbstbetrug begibt. Eine Politik, die sich beständig weigert, auch nur eine

der großen Krisen dieser Zeit (Pandemie, Klima, Armut) als derart relevant anzuerkennen, dass sie den Kampf dagegen in Zahlen gießt, für die Hochrüstung der Bundesrepublik aber bereit ist, dem Grundgesetz eine bittere, milliarden schwere Ergänzung anzufügen.

Sag mir, wie Deine haushaltspolitischen Entscheidungen sind, und ich sage Dir, welches Geistes Kind Du bist. So gesehen, ist es um den politischen Geisteszustand der relevanten Kräfte in Dresden gar nicht so schlecht bestellt.

Da ist es einem breiten Bündnis trotz Bürgermeisterstreit gelungen,

einen gemeinsamen Doppelhaushalt pünktlich aufzustellen. Da sind die Fliehkräfte am Rand dieses Bündnisses nach rechtsaußen durch eine Politik des Ausgleiches ausgehebelt worden. Da hat man sich gemeinsam dem FDP-Oberbürgermeister in die Arme geworfen, der sozial- und vor allem kulturpolitisch schon den Rotstift gespitzt hatte. Da hat eine große Mehrheit im Stadtrat Strukturen der Kultur, der Jugendhilfe, im Sozialbereich in Krisenzeiten gerettet und – auf Druck von links – eine gerechte, sozial nachhaltige Politik tatsächlich in Zahlen gegossen. *Thomas Feske*

HAUSHALT BESCHLOSSEN Ohne Kürzungen

Dresden hat seit dem 15. Dezember 2022 einen beschlossenen Haushalt. Innerhalb eines sehr eng gesteckten Zeitrahmens ab dem letzten Novemberwochenende 2022 ist es gelungen, in sehr kleinteiligen Verhandlungen einen gemeinsamen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters zu erarbeiten. Unterschrieben war dieser am Ende von den Vorsitzenden der Fraktionen Grüne, LINKE, CDU, SPD und FDP.

Tilo Kießling wurde von der Fraktion zum Verhandlungsführer für diese Gespräche bestimmt. Für ihn waren es die vierten Haushaltsverhandlungen, die er für die Fraktion als Teil der haushaltstragenden Mehrheit führen durfte. Erfolg versprechen solche Verhandlungen dann, wenn eigene Verhandlungspositionen nachvollziehbar beschrieben sind, wenn die Positionen der anderen nicht von vornherein für unannehmbar gehalten werden und die eigenen nicht wenigstens in geringem Umfang für Kompromisse zugänglich sind.

» Seite 5

Mobilität für alle!

Im Dezember hat der Stadtrat die Leitziele für Mobilität 2035 beschlossen. Der Linksfraktion ging es vor allem um die Sicherung der sozialen Teilhabe am Verkehr

Preisfrage: Werden Bus und Bahn nächstes Jahr teurer oder billiger? »Blöde Frage – es wird immer alles teurer, heutzutage erst recht« – das sagen die einen. »Es kommt ganz darauf an« – sagen die anderen.

Die Leitziele Mobilität bauen auf dem Verkehrsentwicklungsplan 2025plus auf und reagieren auf aktuelle Herausforderungen, wie Klimaerhitzung, Digitalisierung oder Barrierefreiheit. Zuvor gab es ein spannendes Beteiligungsformat in Form des Dresdner Mobilitätsdialogs MOBIdialog 2035+. Das Gremium besteht aus 62 Mitgliedern, darunter 25 zufällig ausgewählte Bürger:innen sowie Vertreter:innen aus Stadtratsfraktionen, Wissenschaft, Wirtschaft, Handwerk, Verbänden, Vereinen, Institutionen und der Stadtverwaltung. In den Sitzungen des MOBIdialogs diskutierten die Teilnehmenden Grundsätze für Mobilität und definierten sogenannte Zukunftsbilder und Herausforderungen. Anhand der Ergebnisse filterte das Amt für Stadtplanung und Mobilität 14 Leitziele heraus, die den gemeinsam erarbeiteten Konsens widerspiegeln.

In einer sich anschließenden Onlinebefragung bewerteten 3776 Bürger:innen diese Leitziele und brachten eigene Ideen und Hinweise für die Mobilität der Zukunft ein. Die aufbereiteten Umfrageergebnisse waren Bestandteil einer Verwaltungsvorlage, die im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ergänzt



Zugang zur Mobilität für alle

und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt wurde. Wir haben als Fraktion an der Ergänzung der Verwaltungsvorlage mitgewirkt. Dabei war uns insbesondere das Thema der gleichen sozialen Teilhabe am Straßenverkehr wichtig, damit sich die bereits bestehende soziale Schere beim Zugang zur Mobilität nicht noch weiter öffnet. Ein

Der Verkehr im Jahr 2035 wird hoffentlich weniger krankmachen

weiterer wichtiger Punkt war die Berücksichtigung des demografischen Wandels. Es ist statistisch nachgewiesen, dass ab einem Alter von 50 die gesundheitlichen Einschränkungen zunehmen und auch die Mobilität darunter leiden kann. Dagegen gilt es nachhaltige Vorkehrungen zu treffen, unter anderem durch Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit.

Verkehr soll sicherer und sauberer werden

Auch das Thema Sicherheit ist in Dresden leider immer noch relevant. Das Verkehrssystem muss in Dresden weiterhin so umgestaltet werden, dass es weniger Unfälle mit Toten und Schwerverletzten gibt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist aus linker Sicht die ansprechende Gestaltung von Straßen und Plätzen, um für die Menschen angenehme und kostenfreie Aufenthaltsräume anzubieten.

Der Verkehr im Jahr 2035 wird hoffentlich weniger krankmachen, indem er leiser und sauberer wird und Dresden es schafft, die Grenzwerte für Lärm und Luftqualität einzuhalten. Dazu kann die Einführung einer Reduzierung der Regelhöchstgeschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde im gesamten Nebenstraßennetz einen großen Beitrag leisten. Die Diskussion dazu steht im nächsten Stadtrat auf der Tagesordnung.

Anne Holowenko



Bessere Hilfe auch nach dem Unfall

NEUFASSUNG DER FEUERWEHRSATZUNG

Bessere Unterstützung bei traumatischen Ereignissen

Das Brand- und Katastrophenschutzamt unterhält eine gemeinsame integrierte Regionalleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst (Notruf 112). Sie ist zuständig für die Landeshauptstadt Dresden, den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und den Landkreis Meißen. In Dresden sorgen fünf Feuer- und Rettungswachen der Berufsfeuerwehr und insgesamt 21 Stadtteilfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr für einen flächendeckenden Brandschutz.

Die Feuerwehrsatzung regelt Aufgaben, Aufbau, Ausstattung und weitere Grundsätze der Dresdner Berufs- und der freiwilligen Feuerwehr. Zentrales Anliegen der aktuellen Satzungsänderung ist die Einrichtung einer Abteilung psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) als Teil der Freiwilligen Feuerwehr. Psychosoziale Notfallversorgung ist die Gesamtheit aller Aktionen und Vorkehrungen von

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, die getroffen werden, um notfallbetroffene Personen (wie beispielsweise Patient:innen, Angehörige, Hinterbliebene, Ersthelfende und direkt Beteiligte) und Einsatzkräfte im Bereich der psychosozialen Be- und Verarbeitung von potenziell traumatischen Ereignissen zu unterstützen. Um mittelfristig eine leistungsfähige Struktur sicherzustellen, soll diese Aufgabe als Feuerwehraufgabe übernommen werden. Weitere wichtige Änderungen liegen in der Berufung von stellvertretenden Kinder- und Jugendfeuerwehrwart:innen sowie die Bestellung weiterer Sonderfunktionsträger:innen (den Beauftragten für Atemschutz und Brandsicherheitswacht). Die dadurch entstehenden jährlichen Mehraufwendungen mit rund 142.000 Euro werden in der Entschädigungsrichtlinie festgehalten und wurden im Doppelhaushalt 2023/24 berücksichtigt.

Katharina Hanser



Die Vermögensverteilung wird immer obszöner

Milliardäre endlich zur Kasse bitten!

Ein Gastbeitrag von Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst immer weiter. Weltweit hungert jeder zehnte Mensch. Gleichzeitig profitieren viele Konzerne und Superreiche enorm von den Krisen. Das stellt die Hilfsorganisation Oxfam in ihrem Bericht »Survival of the Richest« anlässlich des Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos fest.

Erstmals seit 25 Jahren nehmen demnach extreme Armut und extremer Reichtum zugleich zu. Konzerne und deren Eigentümer profitierten stark: 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne hätten etwa ihre Gewinne 2022 mehr als verdoppelt. In Deutschland sei der Trend sehr deutlich: Das Gesamtvermögen aller Milliardärinnen und Milliardäre sei seit 2020 im Durchschnitt täglich um 2,7 Milliarden US-Dollar gestiegen. Vom gesamten Vermögenszuwachs, der 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, entfielen 81 Prozent auf das reichste eine Prozent der Bevölkerung.

Amira Mohamed Ali, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, kommentiert: »Die Studie beweist: Milliardäre bereichern sich immer weiter auf Kosten der Allgemeinheit. Insbesondere das Geld, das die Normalbürger zur Zeit für Energie und Lebensmittel aufbringen müssen, wandert vielfach in die Taschen einiger superreicher Eliten – mit freundlicher Unterstützung von SPD, Grüne, FDP und CDU, die das bewusst zulassen und zugelassen haben.

Schluss damit! Milliardäre endlich zur Kasse! Eine Vermögensabgabe für Superreiche, wie wir sie vorschlagen, ist dringend nötig.«

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender: »Das sind alarmierende Zahlen. Die Vermögensverteilung wird immer obszöner – in Deutschland und weltweit. Dass Konzerne ungestört Milliarden-Extraprofiten einstreichen können und die Bevölkerungsmehrheit gleichzeitig auch aufgrund der Rekordinflation deutlich ärmer wird, ist inakzeptabel. Wir brauchen eine große Steuerreform in Deutschland!«

Er nennt vier zentrale Punkte:

1. Kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten!
2. Übergewinnsteuer einführen, um das Geld, das Bürgerinnen und Bürgern für Energie und Lebensmittel aus der Tasche gezogen wird, zurückzuholen.
3. Höhere Besteuerung der Superreichen und der großen Vermögen, was SPD und Grüne im Wahlkampf versprochen haben.
4. Alle, auch Superreiche müssen in die Sozialversicherungen einzahlen: Eine Kasse für alle – bei Rente und Gesundheit. Es darf nicht sein, dass vor allem kleine und mittlere Einkommen den Sozialstaat tragen.

Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

KOMMENTAR

Eindeutige Tendenzen

Was der Oxfam-Bericht global feststellt, müssen wir leider auch für Dresden konstatieren. Mit mehreren Anfragen konnten wir deutlich machen, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Dresden auseinandergeht.

Die Zahlen sprechen für sich. Galten im März 2020 noch 68.700 Personen als armutsgefährdet, so waren es 2021 bereits 78.700. Damit hat sich die Anzahl jener Menschen, die als arm oder armutsgefährdet gelten, innerhalb eines Jahres um 10.000 erhöht. Noch gravierender sind die Prozentzahlen. Sage und schreibe 17 Prozent der Haushalte in Dresden sind von Armut betroffen.

Wenn wir uns demgegenüber die Entwicklung bei den Einkommensreichen anschauen, so sind auch hier eindeutige Tendenzen auszumachen. Als Einkommensreich gilt, wer mehr als doppelt so viel Einkommen hat, als der Durchschnitt der örtlichen Bevölkerung. Lebten 2020 noch 27.900 Personen in Haushalten, die als einkommensstark galten, so waren es 2021 schon 30.500 Personen. 2022 stieg die Zahl erneut auf nunmehr 33.300 Personen an. Das ist ein Anstieg von 5400 Personen in nur zwei Jahren.

Hält man sich vor Augen, dass diese Zahlen die aktuellen Preissteigerungen vor allem im Lebensmittel- und Energiebereich noch gar nicht berücksichtigen, dann wird deutlich, wie weit die Lebenswelten in Dresden inzwischen auseinanderklaffen. Für Menschen mit wenig Einkommen ist die individuelle Inflationsrate sogar noch höher. Sie müssen prozentual mehr für die besonders stark verteuerten Produkte ausgeben.

In diesem Zusammenhang war es wichtig, dass es gelungen ist, in den Haushaltsverhandlungen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern. Das sichert auch die Handlungsfähigkeit der Kommune, um soziale Verwerfungen wenigstens abzumildern.



»Kommunalpolitik kann Verbesserungen für die, die es am nötigsten haben, erreichen« André Schollbach

Wir werden an dem Thema in unserer kommunalpolitischen Arbeit dranbleiben. Um ein Beispiel zu nennen: Wir haben am Ende des vergangenen Jahres eine Antragsinitiative gestartet, die eine Erhöhung der Leistungen für Erstaussstattungen werdender Eltern und eine unbürokratische Auszahlung dieser Leistungen als Pauschale vorsieht. Sicher kann die Kommunalpolitik nicht wie der Bund milliardenschwere Hilfsprogramme auflagen, aber sie kann spürbare Verbesserungen für die, die es am nötigsten haben, erreichen.

André Schollbach

NACHTBEAUFTRAGTE FÜR DRESDEN

Nacht am Ende des Tunnels



Auch das Nachtleben ist ein Standortfaktor

DIE LINKE hat in ihrem Kommunalwahlprogramm 2019 die Einrichtung eines Nachtbürgermeisters/einer Nachtbürgermeisterin für Dresden gefordert. Im letzten Jahr konnten hierzu wichtige Entscheidungen des Stadtrates auf den Weg gebracht werden. Einerseits wird die Stadtverwaltung nun ein Konzept vorlegen, wie diese Institution ganz speziell in Dresden umgesetzt werden kann. Und andererseits ist es gelungen, in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 eine ausreichende Summe für die Arbeit dieser Institution unterzubringen, so dass ab 2024 auch in Dresden eine Zuständigkeit für alle Belange des Nachtlebens vorhanden sein werden.

Der Begriff des Nachtbürgermeisters ist allerdings irreführend, wenn auch anschaulich. Es geht um den Brückenschlag zwischen der Stadtverwal-

tung, Auflagen, Behördendeutsch und der kreativen Szene der Musikclubs und des Dresdner Nachtlebens ganz generell. Im Vorfeld der Entscheidungen wurde eng mit den Vertreterinnen und Vertretern der Szene zusammengearbeitet. Diese begrüßen die Entwicklung sehr und versprechen sich eine bessere Wahrnehmung ihrer Belange und eine Vertretung der Branche gegenüber anderen Interessen.

Die Nachtbeauftragten – wie der Name nun auf Wunsch der Szene-Vertreter:innen nun heißt – sollen nicht nur bei Konflikten wegen Lautstärke und Verschmutzung moderieren. Sie sollen den Clubs und Etablissements in Fragen der Sicherheit und zum Beispiel bei Gesundheitsprävention Ratschläge geben. Nicht zuletzt wird das vielfältige und lebendige Nachtleben Dresdens gestützt und gefördert und kann unsere Stadt weiterhin attraktiv für junge Leute machen.

Magnus Hecht

Millionen für die Kultur

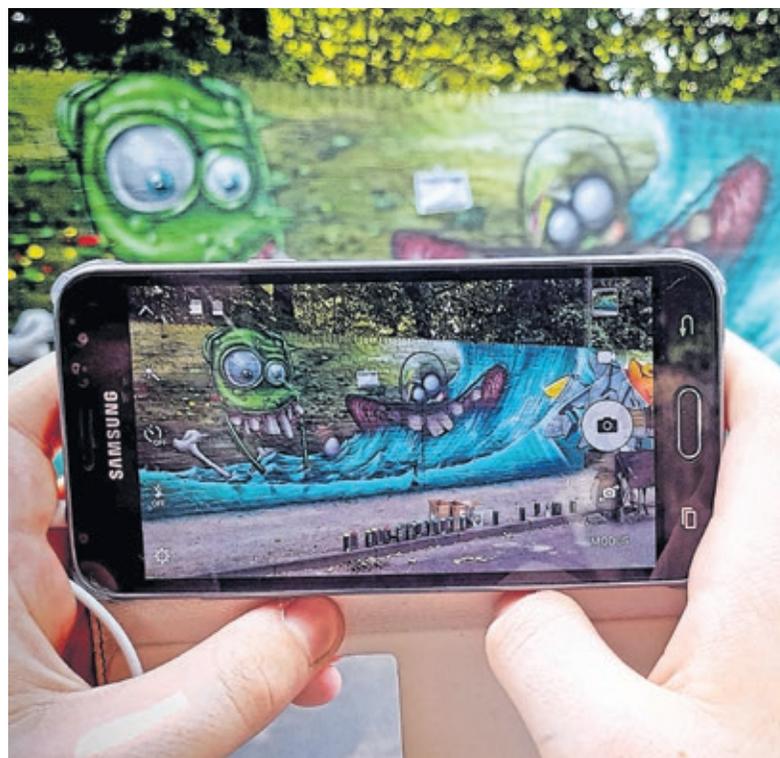
Im Kulturbereich steigen die Kosten. Der Mindestlohn muss angepasst werden und die Sachkosten explodieren momentan. All dies war im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt

Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2023/24 wird nach der Erarbeitung durch die Verwaltung dem Stadtrat vorgelegt. Gleichzeitig wird eine Mehrbedarfsliste von den jeweiligen Bürgermeister:innen in den Ausschüssen vorgestellt. In der Mehrbedarfsliste wird zusammengestellt, welche Finanzierungen zwar notwendig wären, aber keine Berücksichtigung fanden.

Stadtratsbeschlüsse ausfinanzieren

Der aus unserer Sicht notwendige Mehrbedarf ist dieses Jahr besonders hoch. Zum einen, weil etliche Beschlüsse des Stadtrates, wie zum Beispiel die Entwicklung der Schulbibliotheken, im Verwaltungsentwurf keine Berücksichtigung fanden. Vor allem aber auch, weil der vorliegende und zu beschließende Haushaltsentwurf der Verwaltung von Anfang 2022 stammt. Also von vor dem Beginn des Ukraine-Krieges und den daraus resultierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Der Mehrbedarf im Kulturbereich betrug für das Jahr 2023: 13.957.900 Euro und für das Jahr 2024 14.289.300 Euro – also rund 14 Millionen jährlich. So fehlte zum Beispiel für die freie Kulturszene und damit für die Kulturförderung 1,7 Millionen Euro jährlich, ähnlich sah es bei den städtischen Kultureinrichtungen aus. Bei den Bibliotheken fehlten zum Beispiel 326.000 Euro für die Fortschreibung des Haushaltsbegleitbeschlusses von 2020 und



Die Vielfalt der Kultur würdigen – mehr Geld für die freie Szene

100.000 Euro für die Entwicklung der Schulbibliotheken laut Bibliotheksentwicklungsplan. Bei den ermittelten Mehrbedarfen ging es vor allem um die Umsetzung des Mindestlohnes, Honoraruntergrenzen und deutlich höhere Sachkosten. Die gestiegenen Energiekosten haben in den Überlegungen noch keine Beachtung gefunden – hier sind noch weitere deutliche Mehrbedarfe zu erwarten.

Wir werden dafür kämpfen, dass unsere Kulturbürgermeisterin weiter die Kultur so voranbringt

Mehr Geld für Kultur- und Nachbarschaftszentren

Dem Mehrbedarf von 14 Millionen stehen nun aber lediglich drei Millionen gegenüber, welche uns von den Finanzverantwortlichen der Fraktionen für die Mehrbedarfe der Kultur zur Verfügung gestellt wurden. Wie einigt man sich nun auf solche drastischen Kürzungen? Die Liste der LINKEN zur Kultur war sehr umfangreich: 10,2 Millionen. Die Kulturpolitikerinnen von LINKE, SPD, Grüne, CDU und FDP setzten sich zusammen und diskutierten mehrmals, online und präsent, auch Sonnabend und Sonntag – mit folgendem Ergebnis:

Für die Bibliotheken haben wir für den ersten Punkt 120.000 Euro und die Schulbibliotheken 100.000 Euro beschlossen, für die Kulturförderung 725.000 Euro und die städtischen Kultureinrichtungen (Operette, TJG, Philharmonie, Hellerau, Museen) 1,3 Millionen. Wir, Magnus Hecht und ich, haben darauf bestanden, dass wenigstens weitere 250.000 Euro für die Kultur- und Nachbarschaftszentren zur Verfügung stehen.

Wir haben die Hoffnung, dass für die noch nicht beachteten höheren Energiekosten noch Landes bzw. Bundesmittel zur Verfügung stehen werden. Und wir werden weiter dafür kämpfen, dass unsere Kulturbürgermeisterin Anne Klepsch weiter die Kultur so voranbringt, wie sie das in den letzten sieben Jahren getan hat. Vielen Dank dafür, Anne!

Anja Apel

Stadtrat beweist Handlungsfähigkeit

In der letzten Stadtratsitzung vor dem Jahreswechsel wurde der städtische Haushalt für die beiden kommenden Jahre beschlossen. Ein Erfolg, der Mut machen sollte



Mit Brief und Siegel. Der Dresdner Stadtrat hat den Haushalt beschlossen

Haushaltsverhandlungen können erfolgreich geführt werden, wenn es eine zügige Übereinkunft der demokratischen Fraktionen gibt, was die inhaltlichen Rahmenbedingungen der Gespräche sind. So hatte sich unsere Fraktion auch rechtzeitig auf die eigenen Positionen verständigt.

Unsere politischen Kernanliegen waren ähnlich beschrieben wie im letzten Jahr: Keinen Verlust an sozialer oder kultureller Infrastruktur zulassen, und das natürlich unter Beachtung der Kostensteigerungen bei den geförderten Einrichtungen und Projekten.

Radikale Streichungen drohten

Insbesondere bei den Förderetats von Jugendhilfe, Sozialem, Kultur wurde vom Oberbürgermeister ein Ansatz vorgegeben, der radikale Streichungen zur Folge haben würde, wenn es nicht gelänge, hier aufzustocken. Und allein in diesen Bereichen war es notwendig und am Ende auch möglich, über 28 Millionen Euro Erhöhung auszuhandeln.

Eines der prägendsten Papiere in der Dresdner Haushaltsdiskussion ist die sogenannte Mehrbedarfsliste. Diese wird uns als Folge einer Initiative der LINKEN vor einigen Jahren immer

zur Verfügung gestellt und enthält die nicht im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters dargestellten, aber dennoch inhaltlich begründeten Haushaltsbedarfe der einzelnen Ämter der Stadt. Summiert man diese Bedarfe, kommt man auf eine Milliardensumme, die kein Oberbürgermeister und gleich gar kein ehrenamtlicher Stadtrat auffinden kann und die keinesfalls durch Einsparungen oder Umverteilungen abzudecken ist. Diese Liste ist deshalb so prägend, weil sie klarmacht, dass eine Diskussion auf Basis von Argumenten wie »Dieses Geld wird für dieses Projekt dringend gebraucht« nicht zum Ziel führt. Gleichzeitig ist sie aber auch eine gute Basis dafür, den Verhandlungspartnern nachzuweisen, dass eine politische Prioritätensetzung auch fachlich und sachlich untersetzt ist.

Welche Deckungsquellen konnten erschlossen werden?

Woher kommt das Geld für die Veränderungswünsche der Haushaltsverhandler? Diese Frage muss natürlich ebenso schlüssig beantwortet werden. Hier gibt es klassischerweise einige wiederkehrende Positionen.

Man kann im Haushaltsentwurf aufgenommene Ansätze reduzieren. Das wird durchaus getan, ist aber sehr aufwändig, weil natürlich hinter den Haus-

halten Erhöhung der Zuschüsse im Kita-Bereich gemacht.

Man kann die Erwartungen über die Einnahmen positiver gestalten. Das haben wir angesichts der kaum vorhersehbaren Lage nur sehr vorsichtig getan, dennoch aber den Ansatz der Gewerbesteuererhöhungen leicht erhöht.

Man kann Deckungsbeiträge der städtischen Unternehmen einfordern. Das haben wir für die Sparkasse getan, da sich durch die Zinswende dort eine verbesserte wirtschaftliche Aussicht ergeben hat. Wir erwarten einen Beitrag von jährlich fünf Millionen Euro.

Und man kann, idealerweise für Investitionen, Kredite aufnehmen. Das ist in Dresden durch die Hauptsatzung verboten und außer unserer Fraktion würden dies alle anderen ablehnen. Allein in einem Begleitbeschluss für die Krankenhäuser der Stadt haben wir diese Option offengelassen.

Zum Wohle von Dresden handeln

In einem kommunalpolitischen Umfeld, das durch die Blockade zwischen Stadtrat und Oberbürgermeister geprägt ist, kann dieser gemeinsame Haushaltsbeschluss nicht hoch genug gewürdigt werden. Er zeigt nämlich, dass auch sehr unterschiedliche politische Kräfte, wenn sie sich gegenseitig zugestehen, zum Wohle der Stadt zu arbeiten, zu einer Einigung kommen können. In meiner Stadtratsrede habe ich gesagt: »Nehmen Sie die Verteilungsliste der fünf Fraktionen und versuchen Sie einmal herauszufinden, welcher Vorschlag ursprünglich von welcher Fraktion stammt. Sollen wir als LINKE wirklich gegen neue Stellen in den Schulsekretariaten sein, nur weil die CDU diesen Vorschlag gebracht hat?«

Der Dresdner Stadtrat war und ist in der Lage, einen Haushalt für zwei Jahre zu beschließen, ohne mit der AfD und den rechtsoffenen Freien Wählern zu fraternisieren. Die demokratischen Kräfte des Stadtrates sind auf eine wertschätzende Art und Weise in der Lage, in einer wesentlichen kommunalpolitischen Frage zueinander zu finden und die unterschiedlichen politischen Interessen auszuhandeln. Dieses Qualitätssiegel sollten wir bei aller üblen Nachrede gegen unser Gremium immer wieder einmal hervorholen, anschauen und daraus Mut schöpfen.

Tilo Kießling

Der Dresdner Stadtrat war und ist in der Lage, einen Haushalt zu beschließen, ohne mit der AfD und den rechtsoffenen Freien Wählern zu fraternisieren

haltspositionen jeweils fachliche und politische Notwendigkeiten stehen, die bei solchen Reduktionen in Frage gestellt werden. Wir haben es dennoch bei drei Positionen getan, am deutlichsten beim Vorschlag des Oberbürgermeisters, zum Scannen von Akten für den Umzug ins neue Verwaltungszentrum 8 Millionen Euro auszugeben.

Man kann neuere Erkenntnisse über Zuschüsse von Land und Bund in die Haushaltsplanung einbeziehen. Dies haben wir bei der vom Freistaat vorgenom-

MEHR GELD FÜR DIE STADTBEZIRKE

Gelebte Bürgernähe



Auch hier ist es der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat gelungen, ein Plus heraus zu handeln. Der Beleg? Ein Zitat aus dem interfraktionellen Ergänzungsantrag zum Haushalt: »Die Mittel, die den Stadtbezirksbeiräten zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, werden um jeweils 500.000 Euro für die Jahre 2023 und 2024 gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplanentwurf erhöht. Damit wird den Stadtbezirksbeiräten auch die Möglichkeit eröffnet, bestehende oder neue Stadtteilfonds zu unterstützen.« Eine gute Sache, meint nicht nur die Redaktion. Vor Ort entscheiden, was gut für den Ort ist, das ist gelebte Bürgernähe. *Die Redaktion*

WOHNEN IN DRESDEN

Auf Sparflamme

Im Doppelhaushalt 2023/24 schlägt die Wohnen in Dresden (WiD) jeweils jährlich mit 15 Mio Euro und 14 Mio Euro zu Buche. Dies reicht gerade, begonnene Bauvorhaben fertigzustellen, Grundstücke zu erwerben und neue Projekte (weiter) zu planen. Mit dem Baubeginn neuer Wohnungen ist derzeit nicht zu rechnen.

Zunächst geht derzeit das ursprüngliche Konzept der WiD nicht mehr auf, selbst nur die Grundstücke und deren Herrichtung aufzubringen sowie Planungs- und Projektentwicklungskosten zu stemmen, die reinen Baukosten aber durch die Sozialwohnungsförderung des Freistaates als Eigenkapital plus Kredite, also mittelbar durch die späteren Mieten zu finanzieren.



Projekte planen geht noch

Die im Zuge der Überhitzung des Baumarktes, der Pandemiekrise und auch des Ukrainekrieges explodierten Baupreise lassen bei gleichbleibender Förderung eine Bedienung der potenziellen Kredite nicht mehr zu, da die Mieten im belegungsgebundenem Segment ja gedeckelt sind. Städtisches Geld nachzuschließen, wäre ein falsches Signal an den Freistaat.

Geld würde auch nicht alle Probleme lösen. Gerade in letzter Zeit waren in Folge der bekannten Marktverwerfungen am Bau Gewerke teils gar nicht zu bekommen, weil Kapazitäten oder Materialien nicht verfügbar waren. Insofern ist Zurückhaltung mit neuen Baustellen derzeit rational und wird auch von den kommerziellen Wohnungsunternehmen praktiziert, was für den Wohnungsmarkt in Dresden aber fatal ist, wenn die Stadt wächst und die Wohnungsnot steigt.

Tilo Wirtz

Soziales gesichert

Erneut versuchte die Verwaltung Hand in Hand mit dem OB das Sozialbudget einzufrieren. Durch die konstruktive Zusammenarbeit konnte dies abgewendet werden



Mehr Mittel für Kinder und Jugendliche

Es ist uns gelungen, durch den fraktionsübergreifenden Haushaltsbeschluss Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern. In dem umfangreichen Änderungsantrag, den wir gemeinsam mit den Grünen, CDU, SPD und FDP erarbeitet haben, sind unter anderem zusätzliche Mittel in Höhe von 8,2 Millionen Euro für die Bereiche Soziales, Gleichstellung und Gesundheitsprävention enthalten. Dieses Plus sichert Angebote, zum Beispiel die Suchthilfe, die medizinische Beratung von Woh-

Träger muss schließen, Personal entlassen oder Öffnungszeiten kürzen. In Anbetracht der aktuellen Situation, wo die finanziellen Sorgen etlicher Dresdner:innen massiv zugenommen haben, wäre es fatal, wenn nun auch noch die sozialen Angebote weggekürzt werden. Mit den zusätzlichen Geldern ist die soziale Infrastruktur gesichert. Projekte wie die Hebammenförderung, die Anlaufstelle für Alleinerziehende oder der Akazienhof können ihre wertvolle Arbeit fortsetzen.

Auch für die Beauftragen der Stadt für Gleichstellung, für Kinder und Jugendliche, für Integration und Ausländer:innen sowie für Senior:innen und Menschen mit Behinderung konnten wir in dem Änderungsantrag deutlich mehr Mittel hinein verhandeln. Hier sah der Haushaltsentwurf von Oberbürgermeister Hilbert deutliche Kürzungen vor. Erneut schlug er vor, das Budget einzufrieren, auf dem Niveau von 2016! Das vierte Mal in Folge ist es gelungen, dieses krasse Eindampfen insbesondere der Gleichstellungsarbeit abzuwenden.

Und schließlich haben wir im Haushalt 100.000 Euro für die Krisenbewältigung verankert. Mit Hilfe eines neuen Fonds wollen wir auf Härtefälle in der Energiekrise reagieren, zum Beispiel im Fall von Strom- und Gassperren. Die konkrete Ausgestaltung diskutieren wir in diesem Jahr.

Pia Barkow

Wir haben im Haushalt 100.000 Euro für die Krisenbewältigung verankert

nungslosen, die umfangreiche Weiterentwicklung in der Seniorenarbeit, Angebote für Gesundheitsförderung von Frauen, Beratungsstellen für Arbeitslose oder auch Beratungsangebote für Gewaltbetroffene.

Als LINKE sind wir mit der Priorität in die Haushaltsverhandlungen hereingegangen, die soziale Infrastruktur zu erhalten. Das ist gelungen. Kein



Auch Friedhöfe sind beliebte, grüne Orte zum durchatmen

Leben in einer gesunden Stadt

Die grüne Lunge ist auch Teil der sozialen Lunge

Natürlich gehörte in der Diskussion um den Doppelhaushalt 2023/2024 zuallererst, Leistungskürzungen im Sozial- und Jugendbereich zu verhindern. Für uns als DIE LINKE ist das Eintreten für eine gesunde Umwelt jedoch ebenso dringend geboten. Ich verstehe das als einen wichtigen Teil unseres sozialen Engagements.

Die Folgen des Klimawandels trifft Menschen mit kleinem Geldbeutel in der Regel am härtesten. Sie haben kaum die Möglichkeit Wettereskapaden auszuweichen. Deshalb haben wir LINKEN bei der Verhandlung des Doppelhaushaltes auch auf Bereitstellung von Geldern für Baumpflanzungen, für Maßnahmen zur weiteren Begrünung der Innenstadt, zur Wegesicherung inklusive Forstpflege, für den Winterdienst (inklusive Fuß- und Fahrradwege), besonderen Wert gelegt.

Zum Bereich der Anpassungsmaßnahmen und nachhaltigem Hochwasserschutz gehören auch die zusätzlich eingestellten Gelder für die Entwick-

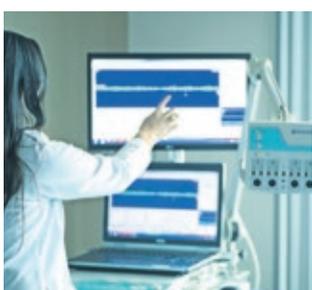
Der Klimawandel trifft Menschen mit kleinem Geldbeutel am härtesten

lung von Dresden als Schwammstadt in der das Regenwasser vor Ort aufgenommen werden soll. Außerdem wurden mit unserer Unterstützung Gelder zur Umsetzung des Friedhofsentwicklungskonzeptes sowie für den Unterhalt kirchlicher Friedhöfe eingestellt. Für manchen mag es befremdlich klingen, aber die Friedhöfe in der Stadt sind in manchen Stadtgebieten, wie zum Beispiel in Löbtau, die größten grünen Zonen und damit besonders im Sommer ein beliebter Aufenthaltsort.

Margot Gaitzsch

KRANKENHAUSSANIERUNG

Beitrag zum Ausbau sozialer Infrastruktur



Krankenhaus: Qualität und Ausstattung verbessern

Für das Städtische Klinikum Dresden, dessen Geschichte bis ins Jahr 1849 zurückreicht, hatte der Stadtrat bereits Mitte 2021 ein langfristiges Entwicklungskonzept zur strategischen und baulichen Entwicklung, für die kommenden 15 Jahre, beschlossen. Um die weitere, stufenweise Umsetzung in der Haushaltsperiode

2023/24 zu realisieren, wurde durch die haushaltstragenden Fraktionen erstmals auch die Möglichkeit, neben der Inanspruchnahme von Landes- und Bundesmitteln, zur Kreditaufnahme durch den Eigenbetrieb eröffnet. Auch das ist ein Erfolg für die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat im Interesse der Dresdner Bürgerinnen und Bürger.

Die Redaktion

FINANZIERUNG DER DVB

Geld aus dem Stadtsäckel

Gegenstand des Haushaltsbeschlusses ist unter anderen die seit den frühen 1990er Jahren erstmalige Mitfinanzierung der DVB durch die Stadt. Dieser guten Entscheidung war ein fast zweijähriger Kampf vorausgegangen.

Wie war es bisher? Auch bisher wurde die DVB nicht ausschließlich aus Fahrpreisen und staatlichen Fördermitteln finanziert. Vielmehr beteiligte sich die Technischen Werke Dresden über einen sogenannten Verlustausgleich, gespeist aus den Gewinnen der kommunalen Energieversorgung.

Über fast zwei Jahrzehnte war dies auf 40 Millionen Euro gedeckelt, die real wachsenden Kosten des real wachsenden Bus- und Bahnverkehrs wurde ausschließlich von den Fahrgästen bezahlt. Opfer bringen mussten auch die Beschäftigten der DVB, sie gehörten zu den Schlechtbezahltesten in der Branche.

Klar war, dass das nicht ewig gut gehen konnte. In einer wachsenden Stadt bei einer aus Klimaschutzgründen zwingend notwendigen Verkehrswende muss der öffentliche Nahverkehr an vielen Stellen zwingend wachsen. Geld wird gebraucht: für größere Fahrzeuge, für Baumaßnahmen, für eine bessere Bezahlung des guten Fachpersonals und nicht zuletzt für gestiegene Energiepreise.

Da dies allein aus den Überschüssen der Energieversorgung nicht mehr möglich ist, wurden zunächst absurde Lösungen gesucht. Ein Gutachten im Sommer 2021 wollte unter anderen Straßenbahnen durch Busse ersetzen. Alle Fachexperten schüttelten nur die Köpfe, ein Antrag der LINKEN und mehrere Stadtratsdebatten setzten diesem Unfug ein Ende.



Grünes Licht für die Mitfinanzierung der DVB

Kurz vor Ultimo kam der Oberbürgermeister noch mit zwei weiteren Scheinlösungen um die Ecke. Zum einen wollte er sich selbst pauschal vom Stadtrat für künftige drastische Fahrpreiserhöhungen ermächtigen lassen, zum anderen sollten erhöhte Parkgebühren die Lücke schließen. Letzterer Vorschlag war zwar bestens geeignet, Autofahrende und DVB-Fahrgäste gegeneinander aufzubringen, ein nachhaltiger Finanzierungsbeitrag war jedoch nicht zu erkennen.

Nach kurzer, aufgeregter Debatte beerdigte der Stadtrat auch diese beiden Nicht-Lösungen und stimmte der Haushaltsfinanzierung der DVB zu. Jens Matthis



In Dresden wird es enger

BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

Dresden wächst

Den Ausgangspunkt der Prognose bildet der Bevölkerungsstand nach dem Einwohnermelderegister der Stadt zum 30. Juni 2022. Die Herausforderung der diesjährigen Prognose lag darin, die verschiedenen außergewöhnlichen Entwicklungen zu berücksichtigen. Diese waren insbesondere die Zuwanderung aus der Ukraine, der weiterhin bestehende Zuzug von Flüchtlingen aus anderen Ländern, ein erneuter Geburteneinbruch und nicht zuletzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

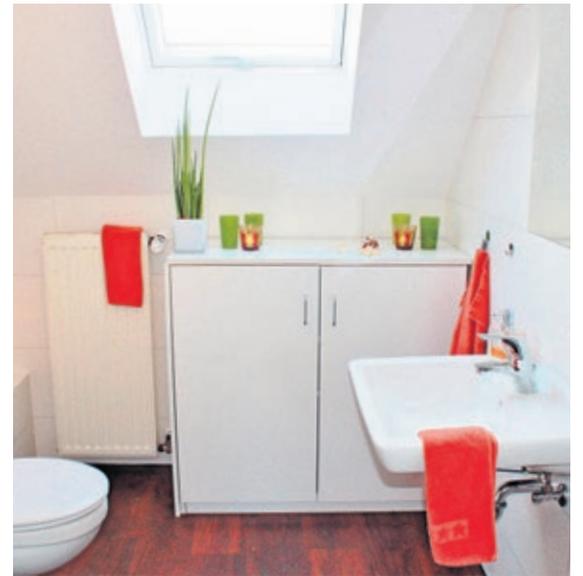
Laut Prognose wird die Einwohnerzahl Dresdens von rund 566.600 Einwohnern Ende Juni dieses Jahres auf etwa 578.800 Einwohner zur Jahresmitte 2040 steigen. Die Einwohnerzahl würde demnach in den kommenden 18 Jahren um etwa 12.200 Personen oder 2,2 Prozent wachsen. Nach einem noch verhältnismäßig starken Bevölkerungswachstum im ersten Prognosejahr durch Zuzüge aus dem Ausland, wird sich die Entwicklung in den kommenden Jahren zunächst deutlich abschwächen. Mittelfristig kann jedoch wieder mit einem moderaten Bevölkerungswachstum gerechnet werden. *Die Redaktion*

DRESDNER MIETSPIEGEL

Mieten legen deutlich zu

Dresdnerinnen und Dresdner zahlen durchschnittlich eine Miete von 7,06 Euro pro Quadratmeter. Vor zwei Jahren waren es noch 6,67 Euro. Die Bestandsmieten sind in den vergangenen zwei Jahren demnach durchschnittlich um 5,8 Prozent gestiegen. Lagen 2020 noch 31 Prozent der Wohnungen bei Mieten unter sechs Euro pro Quadratmeter, sind es jetzt nur noch 23 Prozent. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Wohnungen mit Mieten ab acht Euro pro Quadratmeter von 14 auf 20 Prozent.

Die ortsübliche Vergleichsmiete ist der Dreh- und Angelpunkt des Mietspiegels. Sie gibt an, wie viel für eine vergleichbare Mietwohnung in Dresden gezahlt werden muss. Einfluss auf die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete haben Wohnungsgröße, Baujahr, Ausstattung und Wohnlage. Die ortsübliche Vergleichsmiete in Sachsens Landeshauptstadt liegt im Mittelfeld der deutschen Großstädte. Auf Sachsen bezogen ist Dresden jedoch ein Spitzenplatz sicher. *Die Redaktion*



Lage und Ausstattung bestimmen den Preis

13. FEBRUAR 2023

Erinnerung und Verantwortung



Geschichtsverdrehung und Rassismus entgegnetreten

Am Morgen des 1. September 1939 wurde beim deutschen Luftangriff die militärisch unbedeutende polnische Kleinstadt Wieluń größtenteils zerstört. Schätzungsweise bis zu 1200 Menschen wurden getötet. Es folgten Angriffe der deutschen Luftwaffe auf viele weitere Städte – auf Warschau, Rotterdam,

Birmingham, Coventry, London, Bukarest, Leningrad, Moskau ... Die Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg bedeuteten eine neue Dimension der Kriegsführung. Der Bombenkrieg tötete nicht nur Soldaten an der Front, sondern auch Zivilisten im Hinterland – und zerstörte ganze Städte. Auch die aktuelle Geschichte lehrt uns – ob in Afghanistan, Syrien, dem Sudan oder der Uk-

raine: Kriege bringen nur Tote und Verluste, Angst und Leid, zerstörte Städte und Hass. Auch deshalb stehen wir an diesem 13. Februar als Dresdnerinnen und Dresdner in der Verantwortung Geschichtsverdrehung, Rassismus und Fremdenhass entgegenzutreten. Das können wir bei der Menschenkette mit entsprechende Friedensbotschaften und Botschaften der Solidarität – und das können wir in noch stärkerem Maße, indem wir Faschisten, Rassisten, Geschichtsverfälschern, Holocaustleugnern und ähnlichen die Straße nicht überlassen.

Ich rufe euch deshalb auf, am 13. Februar 2023 für ein demokratisches weltoffenes Dresden ohne Rassismus und jeglicher Form von Menschfeindlichkeit auf die Straße zu gehen. Lassen wir nicht zu, dass NPD, Junge Nationale, Wellenlängen oder Freie Sachsen diesen Tag für sich, für ihre braune Propaganda missbrauchen.

Margot Gaitzsch

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Susann Dietzschold, Thomas Feske,
Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens Matthis, André Schollbach, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

5. Januar 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

DIE LINKE/flickr (1); Ingo Kramarek/pixabay (2); silviu/pixabay (2); jc-gellidon /unsplash (2); DIE LINKE/flickr (3); Ingo Kramarek/pixabay (4); rohatcom68/pixabay (4); Pexels/pixabay (6); stevepb/pixabay (6); PublicDomainPictures/pixabay (6); Fernando Zhiminaicela/pixabay (7); Alexas_Fotos/pixabay (7); Wikimediaimages (7); DIE LINKE im Bundestag/flickr (8); Tania Van Den Berghen/pixabay (8); Anja/pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat